

## SESSIONSBERICHT SOMMER 2016

Der Ständerat verlangt im Kroatien-Dossier Konzessionen und bekommt sie.

Bundesrat muss nun Ausweitung der Freizügigkeit auf Kroatien im Kontext des Verfassungsartikels 121a BV behandeln.

### Rückblick Sondersession 2016

Im März unterzeichnete Staatssekretär Mario Gattiker das Kroatienprotokoll. Dies stellt solange eine Absichtserklärung an die EU dar, bis das Parlament den BR nicht zur Ratifikation beauftragt. In der Sondersession gab der NR nun grünes Licht für die Ratifikation des Kroatienprotokolls.

### Sommersession 2016

#### Kroatienmandat verabschiedet

Das Parlament suchte nach der Annahme der sog. MEI einen konformen Weg im Umgang mit der Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf das seit 2013 beigetretene EU-Mitgliedsland Kroatien. Nach langem Hin und Her votierte der das Parlament für die Mandatserteilung an den BR, das Kroatienprotokoll zu unterzeichnen. Damit werden den Kroatinnen und Kroaten (nach einer möglichen Übergangszeit mit Kontingenten) die gleichen Freizügigkeitsrechte einzuräumen sein, wie dies bereits den anderen EU-BürgerInnen der EU-27 zu Teil wurde.

Der SR setzte sich bei der Mandatserteilung an den BR in einem entscheidenden Punkt durch. Eine Unterzeichnung des Kroatienprotokolls darf nur dann erfolgen, «wenn mit der Europäischen Union eine mit der schweizerischen Rechtsordnung vereinbare Regelung zur Steuerung der Zuwanderung» getroffen wird.

Damit fordert das Parlament vom BR nichts anderes, als zunächst die Regelung der durch die MEI aufgeworfenen Frage nach der Vereinbarkeit mit der Rechtsordnung und der Personenfreizügigkeit (Bilaterale I) und dann in einem zweiten Schritt die Ausweitung der PFZ auf Kroatien und damit die Rettung der Schweizer Mitgliedschaft im europäischen Forschungsraum anzustreben.

#### Kombination komplexer Krisenmomente

Eine Unterzeichnung des Kroatienprotokolls muss bis zum Februar 2017 erfolgen, sonst droht der Schweiz der Ausschluss aus dem europäischen Forschungsprogramm Horizon 2020. Gelingt dies nicht, müsste die Schweiz zudem weitere Gegenmassnahmen als Antwort auf die Diskriminierung der kroatischen EU-BürgerInnen nehmen. Die Schweiz wäre endgültig Drittstaat in einem für sie wichtigen Dossier.

Das setzt allerdings auch voraus, dass die Strategie des BR aufgeht, mit der EU-Kommission eine Lösung des «gordischen Knotens» MEI-Umsetzung zu finden. Dass gegen den Parlamentsentscheid in Sachen Kroatien voraussichtlich kein Referendum ergriffen wird, wird dem BR hierbei helfen. Bis zur Ablauf der Frist sind es nur noch acht Monate.

### Ausblick Herbstsession 2016

Eine Prognose in der Woche des britischen EU-Referendums auf die Herbstsession zu wagen ist realistischerweise nicht möglich. Die weitere Entwicklung der Schweizer Ausserpolitik wird nach dem Entscheid der Briten und Nordiren zu bewerten sein. Der BR hat nun einen klaren Auftrag, den es im proeuropäischen Sinne umzusetzen gilt.

### Europapolitisches Fazit der Nebs

Das Parlament hat nun gehandelt und dabei dem BR eindeutige Leitlinien vorgegeben. Ob sich der Auftrag des SR erfüllt und das neu geschnürte Verhandlungspaket Kroatien und MEI in Einklang bringen lässt, oder ob der Auftrag in Wirklichkeit nicht zu komplex ist und scheitert wird sich zeigen. Es bleibt zu hoffen, dass die Positionierung des Parlaments die Rettung der Bildungs- und Forschungsabkommen mit der EU ermöglicht. Fest steht auch, ein Brexit würde der Schweiz derzeit keine Vorteile bringen.